

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark für den ersten Tag, für weitere 0,25 Goldmark, für den zweiten Tag 0,20 Goldmark, für den dritten Tag 0,15 Goldmark, für den vierten Tag 0,10 Goldmark, für den fünften Tag 0,08 Goldmark, für den sechsten Tag 0,06 Goldmark, für den siebten Tag 0,04 Goldmark, für den achten Tag 0,03 Goldmark, für den neunten Tag 0,02 Goldmark, für den zehnten Tag 0,01 Goldmark. — Die Preisgebühren für Buchstaben und Ziffern betragen 0,10 Goldmark. — Für die Anfertigung von bestimmten Logos und Plakats kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mart bei freier Zustellung durch Boten
Postbezug für den Monat Dezember 2,00 Goldmark, für die Tages- und Wochenblätter monatlich 2 Mk. 15. Anzeigenbelegungen: im Inlande wöchentlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark. **Einzelnummer 10 G. Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Abbestellungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgeschickt noch gewechselt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Abganges

Nr. 284

Donnerstag, 4. Dezember 1924

XXXII. Jahrg.

Unterzeichnung des Handelsvertrags mit England

Die Bolschewistenzentrale in Reval

Hinter den Kulissen des Putches in Estland

O. E. Reval, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Der lange vorbereitete, bisher aber durch die Wachsamkeit der Behörden und rechtzeitige Verhaftungen immer wieder verhinderte kommunistenstand ist am 1. Dezember, drei Tage nach Abschluss des Prozesses gegen die 140 Kommunisten, ausgebrochen. Das ist insofern bemerkenswert, als unter den verurteilten Kommunisten sich deren bedeutendste Führer, z. B. auch die kommunistischen Abordnungen im Parlament befinden. Dennoch war die kommunistische Organisation in Estland so stark, daß sie, wenn auch mit geschwächten Kräften, einen Verschwörungsplan auszuführen unternahm, der alle strategisch wichtigen Punkte der Stadt betraf.

Kleinere bewaffnete Truppen drangen am Morgen des 1. Dezember in das Kriegsministerium, die Stadtkasernen der Heeresleitung, das Schloss auf dem Domberg, die Wachenhöfe, die Post- und Telegraphenzentrale und Polizeirevier ein. Der Angriff auf das Kriegsministerium, dem zehn zum Teil uniformierte Kommunisten anführten, wurde von der Wache zurückgeschlagen, wobei ein Kommunist und ein Angestellter der Wache starben.

Der Hauptbahnhof der Stadt wurde von 20 Kommunisten besetzt.
Diese nahmen verschiedene abtreifende Offiziere gefangen und waren im Begriff, sie zu erschlagen, als eine herbeieilende Polizeitruppe die Offiziere befreite. Der Verkehrsminister Katz fiel jedoch im Bahnhof einer Kugel zum Opfer. In den Stadt des 10. Infanterieregiments traten um 5 Uhr morgens drei Kommunisten in Militäruniform ein und erschossen vier Offiziere, ein Schreiber wurde schwer verwundet. Um 5,20 Uhr trat ein bewaffneter Trupp die Tankgarage an. Ein Kommunist war schon im Begriff, mit einem Tank auszufahren, doch wurde er rechtzeitig erschossen, die übrigen Angreifer wurden vertrieben.

Auf dem Domberg besetzten die Kommunisten um dieselbe Zeit das Schloss.
In dem sich verschiedene Ministerien befanden, das Parlamentgebäude und das Haus des Staatspräsidenten. Sie wurden jedoch bald vom Militär vertrieben, wobei es gelang, einen Teil der Kufahrer zu verhaften. Schwere einsetzende Kämpfe war die Kadettenkaserne. Hier griffen die Kommunisten mit Handgranaten an. Beim Kampf fanden drei Kadetten den Tod, drei wurden schwer verletzt und sieben sowie ein Offizier leicht verwundet. Auch der Flugplatz auf dem Saksberg vor der Stadt war von einem 30 Mann starken kommunistischen Trupp besetzt worden, der den dienhabenden Offizier gefangen nahm. Erst nach hartem Kampf gelang es den herbeigeeilten Militärtruppen, die Kommunisten zu vertreiben.

Alle Uebertreter wurden in äußerster Verwegener Weise angefaßt.
Als Waffen dienten Handgranaten, Gewehre und Bomben. Die Anführer waren zum Teil als Militärpersonen verkleidet. Außerhalb von Reval

wurde der Versuch gemacht, die Eisenbahn zu sprengen, wobei eine Brücke zwischen Rehta und Kogwitten beschädigt wurde. Die Lage ist allgemein ruhig, wenn auch in manchen Kreisen eine erregte Stimmung herrscht.

20 Anführer erschossen

Reval, 2. Dezember. In dem kommunistischen Putchversuch wird weiter gemeldet: 20 Anführer sind von den Feldgerichten zum Tode verurteilt und erschossen worden. Solange Ruhe herrscht überall, auch an den Grenzen und an der Küste. Nach einem heute morgen abgegebenen amtlichen Bericht betragen die Verluste der Regierungstruppen elf Tote, davon fünf Offiziere und drei Rabatten, und 22 Verwundete, davon drei Offiziere und zehn Rabatten.

Die Beteiligung Moskaus erwiesen

Paris, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
„Echo de Paris“ meldet aus Stockholm, daß für die Beteiligung Moskaus an dem estländischen kommunistischen Aufstand unzweifelhaftes Zeichen vorliegt. Unter dem festgenommenen soll sich ein Kurier der Sowjets befinden. Ein russischer Unteroffizier hätte den Versuch gemacht, den Aufständischen einen Tank zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde festgestellt, daß russische Flugzeuge die Grenze überschritten haben. Die Folge soll den festgenommenen Kommunisten Ethen abgenommen haben, aus denen hervorgeht, daß jeder achte Bürger zum Tode verurteilt werden sollte.

Für eine internationale Kampffront gegen den Bolschewismus

Paris, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Die Unruhen in Reval lenken hier erneut die Aufmerksamkeit auf die Rolle des Exekutivkomitees der dritten Moskauer Internationale. Alle Blätter sind sich darin einig, daß die Fäden der kommunistischen Verschwörung nach Moskau laufen. Der „Temp“ bringt einen ungewöhnlich scharfen Artikel gegen Sowjetrußland, in dem er der Moskauer Regierung den Vorwurf macht, mit dem Ausschub der dritten Internationale zusammenzuarbeiten. Das Blatt ist von der Notwendigkeit der Erziehung einer internationalen Kampffront gegen den russischen Bolschewismus überzeugt. Im Hinblick auf die kommunistische Gefahr, die von allen Seiten auflautet, jagt das Blatt, was die zivilisierte Welt sich verteidigen oder untergeben.

Geheimnisvolle Schiffe an der Küste von Estland und Lettland

Königsberg, 2. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Die „Hartungische Zeitung“ berichtet aus Reval: Die halbtägigen Leuchttürme an der lettischen und estländischen Küste beobachteten am Montag in großer Entfernung geheimnisvolle Kreuzer, die gegen Mittag wieder verschwand. Man vermutet, daß es sich um Sowjetschiffe handelt.

Reinigungsverschiedenheit hinsichtlich der von der Kommission gemachten Aussagen, Frankreich günstigere Bedingungen als England zu gewähren

Man meint, daß man einen solchen Vorbehalt als englandfeindlich bezeichnen könnte, auch daß der französische Kapitalüberfluß für militärische Ausgaben oder anderweitig gegebene militärische Darlehen Verwendung finden könnten.

Neue Gespräche mit Wilhelm II.

B. Berlin, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)
Der deutschamerikanische Schriftsteller Epiphane Biersch, der der Hohenzollernfamilie bekanntlich auch verwandtschaftlich nahe steht, hat erneute Gespräche mit Wilhelm II. über Fragen von Politik und Geschichte veröffentlicht, die der Kaiser mit dem Ausdruck tiefsten Dankes und dem Wunsch nach Veröffentlichung approbiert hat. Die „Neue Züricher Zeitung“ bringt ausführliche Auszüge aus dem Aufsatz des Herrn Biersch. Wilhelm II. wiederholt im wesentlichen, was wir aus seiner Publikation und aus dem letzten Buch Niemanns wissen: daß man dem Kaiser Unrecht getan habe, daß ihn seine verantwortlichen Berater von Hindenburg an schlecht geführt hätten. Das Dawes-Gutachten bezeichnet Wilhelm II. als ein weiteres Versailles. Deutschland hätte sein eigenes Todesurteil als freie Nation unterzeichnet. Die deutsche Republik sei in diese Dawes-Falle hineingezogen, teils hineingelockt worden. Ueber die Pläne der Monarchisten erklärt der Kaiser, nicht unterrichtet zu sein. Die Interessen seines Landes gingen ihm über die Interessen seiner Dynastie.

Der Entscheidung entgegen

Das Programm des Spitzenkandidaten der Demokraten Dr. Rühl

Bestern abend sprach der Spitzenkandidat der Deutschen Demokratischen Partei für Ostschlesien, Bürgermeister Dr. Rühl, in einer Wahlversammlung seiner Partei. Der große Saal des Rathhauses war schon lange vor Beginn überfüllt und viele Späterkommende konnten keinen Einlaß mehr finden. Auch die übrigen, die noch glücklich in den Saal gelangt waren, mußten zum großen Teil den Vortrag in drangvoller Enge stehend mitanhören. Trotzdem hielt die Versammlung aus. Raum einer Viertelstunde und alles folgte mit gespannter Aufmerksamkeit den ruhigen und sachlichen Ausführungen des Redners. Die gestrige Versammlung war ein Beweis, daß die politische Diskussion auch in diesen Zeiten der politischen Nervosität und hysterie in ruhiger und vornehmer Form geführt werden kann. Ganz besonders angenehm fiel auf, daß Bürgermeister Dr. Rühl auf jede billige Verhöhnung und Verächtlichmachung der anderen Parteien, wie sie im heutigen Wahlkampf sonst üblich ist und wie die gestrige Nummer der „Sachsenstimme“ lehrhaft zeigt, in Ostschlesien auch von der Deutschen Volkspartei geübt wird, verzichtete und sich bemühte, den Standpunkt seiner Partei mit sachlichen Argumenten darzulegen.

Bürgermeister Dr. Rühl

erklärte in seiner Rede:
Der Ausnahmestand der innerpolitischen Krise, in der am 7. Dezember die Entscheidung fallen soll, liegt bei den

Londoner Vereinbarungen

und den aus ihnen sich ergebenden Gefahren. Mit dem Vertrag von London ist eine Reihe von Anfangserfolgen erzielt, die sich nicht verkennen lassen. Es steht fest, daß ohne die Vereinbarungen von London ein Ende der französischen Reparationspolitik nicht gekommen wäre, daß Dundertaufernde deutscher Volksgenossen auf unabsehbare Zeit weiter der brutalen Gewalt der Franzosen an Rhein und Ruhr ausgesetzt gewesen wären, daß der Separatismus im belgischen Gebiet sich zu einer unabweisbaren Gefahr für die Einheit und für den Bestand des Deutschen Reiches auszuweiten hätte, daß die Wirtschaft an Rhein und Ruhr in wenigen Wochen zum Erliegen gekommen und damit die Hauptbasis der deutschen Wirtschaft überhaupt unterbrochen gewesen wäre, daß niemals ein Pfennig von den 90 Millionen internationalen Krediten nach Deutschland gekommen wäre und daß dann auch keine endgültige Restriktion unserer Währung und kein Anstieg unserer blutleeren deutschen Wirtschaft sich eingestellt hätte. Wer also den Mut hatte, diese Londoner Vereinbarungen abzulehnen, müßte es mit seinem Volk glauben vereinbaren zu können, daß deutsche Volk all diesen vernichtenden Folgen auszuweichen und die Entspannung und Entlastungen aufs Spiel zu setzen, die nach Annahme der Londoner Vereinbarungen deutlich erkennbar sind.

Politik der Verständigung und Vereinnung

mit unsern Geanern weitergeführt werden soll. Demokratische Partei, Zentrum und Volkspartei sind die Träger dieser Politik gewesen.

Die Politik der Verständigung ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Politik der Vernachlässigung einer nationalen Interessen. Aber dieses eigene Interesse erfordert gerade in unserer Lage abenteuerlich, die politische Vereinigung der anderen Völker nicht außer acht zu lassen. Die nachbismarckische Zeit hat es niemals verstanden, die Vorkolonie der anderen Mächte in der eigenen politischen Rechnung an richtige Stelle einzusetzen, sonst wäre niemals die Weimarer Koalition zustande gekommen, die uns im Weltkrieg erbrachte. Auch Stresemann müßte bekennen, daß für den Erfolg von Verhandlungen mit unsern früheren Geanern es von äußerster Bedeutung sei, ob die, welche die Verhandlungen führen, das Vertrauen der andern besitzen. Das höchste Maß solchen Vertrauens aber wird immer eine deutsche Regierung besitzen, deren Kernstück aus den politischen Strömungen der Mitte besteht, weil sie durch die Tat gezeigt hat, daß es ihr damit ernst ist, an einer erträglichen Verständigung zu kommen.

Der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund

Der Völkerbund ist heute ein anderer, als er zu der Zeit war, da er uns überschleichen raubte. Er hat unter Perrot und MacDonald eine feste, feste Verbindung durchgemacht. Es ist ein Gebot geandeter Realpolitik, im gleichen Augenblick, wo dies mit der nationalen Würde Deutschlands vereinbar ist, in den Völkerbund einzutreten. Das Schicksal von Danzig, das des Saarlandes und das unter Kolonialen liegt im Schilde des Völkerbundes. Durch einen Nichtbeitritt begibt sich Deutschland der Möglichkeit unmittelbarer Einflusses auf diese Probleme. Darüber hinaus sind aber auch die drei Hauptpunkte klar erkennbar, um die in

der nächsten Zeit im Völkerbund gerungen werden muß:

Kudban des Schiedsgerichtesgedankens, Sicherheit der Nationen gegen feindliche Anarisse, Einschränkung der Rüstungen.

Wenn je eine Nation Anlaß und Anrecht erheben kann, die Erfüllung solcher Vorberurmen zu verlangen, so die deutsche.

Der Beitritt zum Völkerbund wird gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, dem gefundenen Grundgedanken des Passivismus zu verwirklichen. Passivismus darf freilich niemals gleichbedeutend sein mit nationaler Würdelosigkeit. In seiner richtigen Würdigung ist Passivismus eine Politik, die darauf ausgeht, die aus dem Nebeneinanderleben der Völker sich ergebenden Streitfragen so lange als möglich durch gegenseitige Verständigung zu lösen, die sich zum Ziel setzt, als rezelebe Norm im Leben der Völker immer mehr die Macht des Rechts an Stelle der mechanisch militärischen Gewalt zu setzen und die Völker auf eine Kulturhöhe zu führen, auf der dieser Gedanke des Rechts triumphiert.

Das der Gewalttätigkeit von Verfall kein Grundlage für ein einseitiges Aufkommen der Völker für Deutschland ist, bedarf ebensowenig der Betonung, wie die Tatsache, daß die

Schauptung von der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands am Brise

einem solchen Zusammenleben das schwerste Hindernis in den Weg stellt. Gegen diese Schauptung wird jede deutsche Regierung immer wieder von neuem anmahnen müssen, und diejenigen werden sich hier ein besonderes Verdienst erwerben, die in geschichtlicher und politischer Hinsicht der Welt ein möglichst lückenloses Material zur Beurteilung der einschlägigen Fragen unterbreiten. Die Wahrheit hat hier bisher amelllos bei der Demokratie gelegen. Ein Graf Montecassio, ein Walter Schudino, ein Paul Rohrbach haben in dieser Beziehung ebenso wertvolle Beiträge geleistet wie das „Berliner Tageblatt“ mit seiner mehrfachen Veröffentlichung durchsichtiger Dokumente. Die Stimmen der ehemals feindlichen Völker brauchen sich zu erheben, die um eine gerechte Würdigung sich bemühen. Es ist selbstverständlich, daß es einer Regierung, die vom Geiste der Verständigung erfüllt ist, viel eher gelingen wird, einen Verständigungsprozess herbeizuführen, als nationalstolische oder chauvinistische Behauptungen. Die letzte Entscheidung wird nur durch ein internationales Schiedsgericht gefällt werden können.

die Restriktion des Staates

übertrieben fortgeschritten macht. Extreme politische Richtungen vermögen nie die Staatsgewaltung im Volke zu fördern. Ohne Staatsgewaltung des Volkes aber vermag das Deutsche Reich nicht die Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einseitigkeit Deutschlands zu bilden.

Selbst die, welche noch nicht mit dem Geiste bei dem neuen deutschen Staate sein können, müßten sich doch aus Gründen des Verstandes sagen, daß die Restriktion der demokratischen Republik ein Gebot der deutschen Selbsterhaltung ist. Wer die äußere Freiheit der Nation will, muß zunächst einmal dafür sorgen, daß die inneren Kraftquellen des Volkes neu erschlossen und gepflegt werden. Dies ist aber nur möglich in einem innerlich reichhaltigen, mit harter Autarkie umkleideten Staat. Ueber die innere Einrichtung des Staatsgebüdes läßt sich in späteren rubricierten Seiten sprechen.

Restriktion des Staates ist unerlässliche Voraussetzung auch zur

Reuordnung der Wirtschaft

Hier tritt am 10. Januar 1925 dadurch ein grundlegendes Wandel ein, daß die einseitigen Bestimmungen des Gewaltaktes von Versailles an diesem Tage ihre Gültigkeit verlieren. Deutschland gewinnt damit die Möglichkeit wieder, mit den Weltmächten in ein wirtschaftlich geordnetes Verhältnis zu kommen. Mit dem Schlußwort von „Schauinsland“ oder „Freihandel“ kann man diesen Problemen nicht näherkommen. Es gilt, von Wirtschaftswissenschaftlern, von Land zu Land, auf der Grundlage der Weltbewirtschaftung zu einem handelspolitischen Zustand zu kommen, in dem wir wieder als organische Glied in den Weltwirtschaftsgefüge einbezogen werden, in dem wir die Möglichkeit einer Steigerung unserer Kaufkraft und des Schutzes der eigenen nationalen Wirtschaft gewinnen.

Stellungnahme der Kaufkraft ist nicht erreichbar ohne Erhöhung der Leistung unserer Wirtschaft und ohne Erzielung eines Preisniveaus, das sich der Weltbildung auf dem Weltmarkt anpaßt. Erzielung von Qualitätsleistungen, das ist das wirtschaftliche Gebot der Zukunft. Die Steigerung der Leistung ist nicht nur ein Arbeitsmarktproblem, sondern sie ist ebenso eine Frage der Arbeitsmethode, des technischen Fortschritts und der Arbeitsfreudigkeit. Qualitätsarbeit kann niemals erreicht werden mit schlecht entlohnenden Arbeitern

slub
Wir führen Wissen.